Nr. 3. 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 2. Januar 1918

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Kämpfe im Tomba-Gebiet.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Von Dixmuide bis zur Deule war die Artillerietätigkeit von mittag an in einzelnen Abschnitten gesteigert. Nördlich und südlich von Lens lebte sie in Verbindung mit erfolgreichen Erkundungen vorübergehend auf. Auch zwischen Arras und St. Quentin nahm das Feuer zeitweilig an Stärke zu. Die Zahl der in den letzten Tagen südlich von Marcoing gefangenen Engländer hat sich auf 500 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Prosnes und beiderseits von Orues erhöhte Gefechtstätigkeit. Erkundungsvorstöße führten an mehreren Stellen der Front zur Gefangennahme einer Anzahl Franzosen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Die Feuertätigkeit war auf der Hochfläche von Asiago und im Tomba-Gebiet zeitweilig gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Zusammentritt des Reichstags?

Der Aeltestenausschuß des Reichstags ist auf morgen nachmittag 2 Uhr einberufen worden, um sich darüber schlüssig zu werden, ob das Plenum des Reichstags sofort zusammentreten soll. Es liegt dazu ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten vor, der die Beratungen des Hauptausschusses angesichts der bevorstehenden weiteren Friedensverhandlungen mit Rußland nicht für zureichend und daher den Zusammentritt des Plenums für notwendig erachtet. Die Fraktionen sämtlicher Parteien werden morgen Sitzungen abhalten, um zu diesem Antrage Stellung zu nehmen. Im Augenblick sind die Ansichten noch sehr geteilt. Es werden Bedenken dagegen laut, die Vollversammlung des Parlaments in Abwesenheit des Staatssekretärs v. Kühlmann einzuberufen. Dazu trete, sagt man verschiedentlich, der Umstand, daß vieles gar nicht öffentlich diskutiert werden könne. Es ist daher — in gewissen parlamentarischen Kreisen wenigstens — der Wunsch laut geworden, lieber, statt der Einberufung des Plenums, den Hauptausschuß längere Zeit tagen zu lassen, um ihm dauernd Gelegenheit zu geben, sich mit den Problemen der Friedensverhandlungen laufend auseinanderzusetzen.

* * *

Die Forderung, daß der Reichstag einberufen werden und sich mit den Verhandlungsergebnissen von Brest-Litowsk beschäftigen solle, scheint uns, wie wir schon gesagt haben, sehr berechtigt zu sein. Wenn man nicht das Plenum, sondern, was vielleicht praktischer wäre, den Hauptausschuß zusammentreten lassen will, so muß dafür gesorgt werden, daß diesmal der Hauptausschuß nicht nach zwei oder drei Sitzungen wieder auseinandergeht — er muß versammelt bleiben, bis in Brest-Litowsk ein abschließendes Resultat erzielt, die politische Situation geklärt sein wird. Während der Politiker der „Deutschen Tageszeitung", der die Kühlmannsche Politik aufs äußerste bekämpft, behauptet, daß wir hier den Staatssekretär bei seiner Rückkehr aus Brest-Litowsk wie einen „Triumphator" gefeiert hätten, versichern andere Propheten der alldeutschen oder schwerindustriellen Richtung, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" und die „Nationalliberale Korrespondenz", daß wir „der Durchführung der Friedensaktion, wie sie von der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung vorgelegt worden ist, Schwierigkeiten in den Weg legen". Die „Nationalliberale Korrespondenz" bemerkt: „Es könnte doch auch diesen demokratischen Blättern genügen, wenn die deutsche Reichsregierung einen Frieden mit Rußland zustande bringt, der die Billigung der demokratischen Regierung Rußlands findet". Es ist wirklich der Gipfel der Verlogenheit, wenn diese journalistischen Hilfsarbeiter des schwerindustriellen Rechtsnationalliberalismus erzählen, die demokratische Presse erschwere die Tätigkeit der deutschen und österreichisch-ungarischen Unterhändler — in denselben Augenblick, wo Graf Reventlow schreibt, Herr v. Kühlmann werde nur durch eine „parlamentarisch-demokratische Kamarilla" unterstützt, und in demselben Augenblick, wo die „Deutsche Tageszeitung", die „Deutsche Zeitung" und andere alldeutsche Blätter täglich erklären, Herr v. Kühlmann müsse „weggefegt" werden! Tatsächlich wird, soweit wir sehen, die Zufriedenheit der rechtsnationalliberalen „Korrespondenz" nur von sehr wenigen geteilt. Die eigentlichen Alldeutschen greifen die Politik von Brest-Litowsk heftig an, weil sie nichts vom „Selbstbestimmungsrecht" wissen wollen, eine Ablenkung von der ihnen besonders am Herzen liegenden belgischen Frage befürchten und Herrn v. Kühlmann noch immer nicht trauen. In der liberalen Presse — bis zur nationalliberalen „Berliner Börsen-Zeitung" — und in den sozialdemokratischen Organen verhehlt man seine Bedenken nicht, wünscht man vor allem dauernd gute Beziehungen zum russischen Volke gesichert zu sehen, und auch jene Politiker, die immer für eine einseitige politische Orientierung, für eine Orientierung nach Osten, eingetreten sind, betonen, wie Professor Hötzsch in der „Kreuzzeitung", daß keinesfalls „der Keim zu einem neuen deutsch-russischen Kriege gelegt werden" dürfe. Das ist auch für uns, obgleich wir jede einseitige Festlegung der zukünftigen politischen Entwicklung, jede vorzeitige Bindung für falsch halten, das Entscheidende: der Gedanke, daß das russische Volk auch unter wechselnden Regierungen den Friedensvertrag hinterher anerkennen und nicht wieder jeder deutschfeindlichen Koalition die Hand reichen solle, darf nicht einen Augenblick lang in den Hintergrund treten, muß den Unterhändlern in Brest-Litowsk fortwährend gegenwärtig sein.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Amtlich. Berlin, 2. Januar. (W. T. B.)

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am heutigen Vormittage zu Besprechungen in Berlin eingetroffen. (Wie verlautet, wird heute nachmittag eine **Kronratssitzung** stattfinden, an der Hindenburg und Ludendorff teilnehmen werden.)

Clemenceaus Absage an die Sozialisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 2. Januar.

Der „Temps" sagt, die Entsendung französischer Sozialisten nach Petersburg, um zu retten, was noch zu retten ist, wäre augenblicklich zwecklos, weil die verständnislose Masse für die bestgemeinten Ratschläge unempfänglich sei. Der „Temps" gibt dann der Entscheidung Clemenceaus recht.

Die Machtstellung der russischen Regierung.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 2. Januar.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt aus London, Ransome, der Mitarbeiter der „Daily News", ist nach Petersburg zurückgekehrt. Er berichtet, jetzt habe er bemerkt, daß die in der englischen Presse erschienenen Nachrichten über Unruhen auf mutwilliger Verdrehung durch die Oppositionsblätter gegründet seien. Zum erstenmal seit der Revolution sei die Regierung in Rußland auf einer wirklichen Macht gegründet. Das Volk liebe vielleicht die Bolschewiki nicht, aber es gehorche ihnen mit erstaunlicher Bereitwilligkeit. Die gegenwärtige Regierung aus Arbeitern sei außergewöhnlich tatkräftig und entschlossen. Ransome nennt die Behauptung, daß die Regierung die Konstituante nicht zusammenkommen lassen wolle, eine Beschimpfung. Die Regierung werde sie sofort zusammenrufen, wenn 400 Mitglieder in Petersburg eingetroffen seien, was in zehn Tagen der Fall sein werde. Die Regierung werde dann, weil die Hälfte der Sozialrevolutionäre sie stützen werde, die Mehrheit hinter sich haben, und werde jeden Versuch, sie mit Gewalt zu stürzen, unterdrücken.

b. Stockholm, 2. Januar.

Dem „Aftonblad" zufolge reiste Sonnabend eine finnische Abordnung, bestehend aus dem Staatsminister Swinhufvud und dem Minister-Staatssekretär Enckell nach Petersburg ab, um von der russischen Regierung die Anerkennung von Finnlands Selbständigkeit zu erwirken. Bekanntlich haben der König von Schweden sowie der deutsche Reichskanzler die Anerkennung der finnischen Selbständigkeit vom Einverständnisse Rußlands abhängig gemacht.

Der wegen Protestes gegen die Lemberger Judenpogrome während der russischen Okkupation im Oktober 1914 nach Rußland zwangsweise deportierte Sozialistenführer und österreichische Abgeordnete Ernst Breiter passierte auf der Durchreise nach Lemberg nach dreijähriger Gefangenschaft gestern Stockholm. Breiter sollte nach Tomsk deportiert werden, wurde wiederholt in Kiew verhaftet, durfte aber schließlich sich in Kiew aufhalten. Breiter, der auf der Durchreise in Petersburg zehn Tage sich aufhielt, hatte längere Besprechungen mit Trotzki und Lenin. Sein Empfang im Smolnyj-Institut war sehr dramatisch weil gleichzeitig mehrere Offiziere der Kadettenpartei in Zivilkleidung als Spitzel von den Bolschewiki erwischt worden waren und gerade verhört wurden. Trotzki war sehr optimistisch hinsichtlich der Friedensmöglichkeit. Lenin hoffe nach baldigem Friedensschlusse alle seine Reformen, besonders aber die bäuerlichen Reformen durchführen zu können.

Die republikanische Agitation in Spanien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 2. Januar.

Vor dreitausend Parteigenossen in Barcelona hielt, einem Radiotelegramm zufolge, der Republikaner Lerroux eine aufreizende Rede gegen die Regierung. Er sprach die Erwartung aus, daß sich die Republikaner, Reformisten und Sozialisten deren Führer Lerroux, Iglesias und Alvarez sind, vereinigen würden, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen.

Die baltische Frage.

Von [Nachdruck verboten.]

Hans Vorst.

Die große Mehrzahl der baltischen Deutschen verlangt gegenwärtig mit Heftigkeit nach einem möglichst vollständigen Anschluß der drei baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland an das Deutsche Reich. Dieses Streben der Balten ist durchaus begreiflich, es hat seine Gründe nicht nur in dem nationalen Leben dieses alten, aber immer noch frischen Zweiges am deutschen Stamme, sondern wohl noch mehr in sozialen Bedingungen.

Die Volkszählung von 1897 ergab für die drei Provinzen nicht ganz 166 000 Deutsche, was etwa 7 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die große Masse der Bevölkerung bilden in Kurland und Südlivland die Letten, in Nordlivland, Estland und der Insel Oesel die Esten. Da die Deutschen im Lande die soziale Oberschicht darstellen, in deren Händen sich Besitz und Bildung konzentriert, ist der nationale Gegensatz zwischen ihnen und der einheimischen lettisch-estnischen Bevölkerung durch soziale Momente außerordentlich verschärft. Oder vielmehr wird man richtiger sagen, daß der soziale Gegensatz durch den Hinzutritt des Nationalen verschärft ist. Jedenfalls haben diese Verhältnisse unter dem lettischen und estnischen Proletariat einen außerordentlich fruchtbaren Boden für die Verbreitung extrem sozialistischer und revolutionärer Ideen abgegeben. Das zeigte sich 1905 bei den scharfen und blutigen Formen, welche die revolutionäre Bewegung gerade in den baltischen Provinzen annahm, das zeigt sich heute, wo lettische Regimenter in Petersburg die zuverlässigste Mannschaft Lenins bilden. Bleiben die baltischen Provinzen in irgendeiner Form mit Rußland verbunden oder verlangen sie volle Unabhängigkeit, so befürchten die baltischen Deutschen, ihrer wirtschaftlich und sozial dominierenden Stellung durch die soziale Bewegung der lettisch-estnischen Massen beraubt zu werden. 1905 wurde die Erhebung des einheimischen Proletariats durch russische militärische Strafexpeditionen niedergeworfen. Aus eigener Kraft könnten aber die baltischen Deutschen infolge ihrer ziffernmäßigen Schwäche einer Wiederholung ähnlicher Ereignisse nicht Herr werden.

Aus diesen Bedingungen erklärt es sich, warum die Balten während des Krieges eine so außerordentlich rege Propaganda für den Anschluß an Deutschland entfaltet haben. Sie sind sich auch klar darüber, daß sie in ihrer schwierigen Lage Schutz und Hilfe von Deutschland nur erwarten können, wenn sich dieser Anschluß in ganz fester und reger Form vollzieht, so daß die bedrohte soziale Stellung der Balten unter dem Schutz deutscher Behörden und deutscher Truppen stände. Da sich ein solcher Zustand auf die Dauer natürlich nicht aufrechterhalten ließe, haben die Balten zugleich schon die Germanisierung der lettisch-estnischen Bevölkerung der baltischen Provinzen ins Auge gefaßt. So tritt Herr v. Hoerner-Ihlen, der Vorsitzende des kurländischen Landesrats, in einer jüngst im Verlage Würtz erschienenen kleinen Schrift „Baltische Zukunftsgedanken" dafür ein, „daß die Verbindung von Mutterland und ehemaliger Kolonie die denkbar festeste und gesicherste sein müsse." Als Endziel schwebt ihm die Bildung eines neuen deutschen Bundesstaates aus den baltischen Provinzen vor. Dazu müsse aber das Land erst „deutsch gemacht" werden, „ehe es ohne Gefahr für sich und das Mutterland die Formen des öffentlichen Lebens vom Reiche übernehmen kann." „Die rechte nachhaltige Eindeutschung steht daher als Vorbedingung aller Lösungen der staatsrechtlichen Fragen im Vordergrunde und verlangt Maßnahmen, die nicht von blassen Theorien der Menschenfreundlichkeit und nicht von unberechenbaren parlamentarischen Majoritätsbeschlüssen abhängig sein dürfen, sondern die, einmal als unumgängliche Notwendigkeit erkannt, mit fester Hand durchzuführen sind." Die „Eindeutschung" soll durch eine energische Kolonisationspolitik, entsprechende Schulpolitik und ähnliche Maßnahmen in Angriff genommen werden. Herr v. Hoerner fordert daher für die baltischen Provinzen ein „Zwischenstadium", das er sich anscheinend etwa in Form eines Reichslandes unter einer militärischen Diktatur vorstellt, in die nicht einmal der deutsche Reichstag durch „unberechenbare Majoritätsbeschlüsse" dreinzureden hätte. Ganz folgerichtig rät er, in dem neuen Reichslande „zunächst von jedem parlamentarischen Gebilde mit politischen Rechten abzusehen und sich an einem Landesrate genügen zu lassen" — denn jedes parlamentarische Gebilde von nur entfernt demokratischem Charakter würde natürlich im Baltenlande vorwiegend aus Letten und Esten bestehen und bis zum letzten Atemzuge gegen eine Politik wie die von Herrn v. Hoerner ins Auge gefaßte Protest erheben. Und gewiß würden auch zahlreiche Deutsch-Letten, die ja das Los nationaler Unterdrückung zur Genüge erfahren haben, die Anwendung derselben Methoden gegen ihre lettischen und estischen Landsleute entschieden verurteilen.

Es ist unbegreiflich, woher, nach den in Elsaß-Lothringen und im preußischen Polen gemachten Erfahrungen, Herr v. Hoerner die Zuversicht schöpft, daß sich das völlige Deutschwerden der Letten und Esten „zwanglos" und „in relativ kurzer Zeit" vollziehen werde, — um so unbegreiflicher, als er selbst einem Stamme angehört, der allen Russifizierungsbestrebungen des Zarismus mit Zähigkeit und mit Erfolg widerstanden hat. Jedenfalls zeigen seine Ausführungen, mit welcher grenzenlosen Unbefangenheit diese baltischen Herren

deutsche Politik vom baltischen Standpunkt aus zu machen unternehmen. Denn für jeden, der mit den deutschen Verhältnissen auch nur oberflächlich vertraut ist, muß es klar sein, daß es für das in entschiedener demokratischer Entwickelung stehende Deutsche Reich eine innere Unmöglichkeit wäre, in etwa neu erworbenen Grenzmarken eine derartig reaktionäre Gewaltpolitik zu treiben. Ganz abgesehen von den schlimmen Folgen, die ein solches Verfahren für das Ansehen Deutschlands nach außen hin nach sich ziehen müßte.

Es bleibt noch die Möglichkeit, die baltischen Provinzen in irgendeiner losen Form dem Deutschen Reich anzugliedern. Aber damit wäre dem Baltentum aus dem eben angeführten Grunde nicht gedient. Das Deutsche Reich kann eine solche Angliederung nur vornehmen, wenn es entschlossen ist, sie auch aufrecht zu erhalten. Dies aber würde schwerlich anders als durch militärische Besetzung möglich sein, also letzten Endes doch wieder zu den festesten Formen und zu vollendeter Vergewaltigung führen. (Wir stimmen in diesem Punkte unserem Mitarbeiter nicht unbedingt zu. Ein loses Verhältnis zwischen dem deutschen Reiche und Kurland ist unseres Erachtens auch in anderen Formen denkbar. Die Redaktion.)

Und wie sollte überhaupt eine solche Angliederung der baltischen Provinzen an Deutschland zustande kommen? Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker? Wer die baltischen Verhältnisse kennt, muß es für ausgeschlossen halten, daß ein auf einigermaßen demokratischer Grundlage veranstaltetes Plebiszit in den Ostseeprovinzen ein derartiges Resultat ergeben könnte. Es wäre nicht undenkbar, daß die neueste Entwicklung der inneren Politik Rußlands der in den letzten Jahrzehnten entstandenen lettisch-estnischen Bourgeoisie vielleicht den Wunsch nahegelegt hätte, sich von Rußland zu trennen. Aber sie ist zu schwach, um den Ausschlag zu geben, und für den Anschluß an Deutschland würde auch sie nicht stimmen, weil ihr der durch die soziale Rivalität verschärfte Antagonismus gegen das Deutschtum zu tief im Blute liegt und sie sich vor Unmöglichkeiten, wie die von Hoerner ins Auge gefaßten, fürchten würde. Entscheidend aber wäre die Haltung des lettisch-estnischen Proletariats. Und dieses tritt entschieden für die Autonomie der lettisch-estnischen Gebiete im Rahmen einer russischen demokratischen Republik ein (vgl. zum Beispiel die im Auftrage der leitenden Instanzen der Sozialdemokratie Lettlands verfaßte Broschüre von Weiß „Die baltische Frage", Promachos-Verlag, Bern-Belg. 1917). Neuerdings scheint sich auch unter dem lettisch-estnischen Proletariat eine Strömung geltend zu machen, die, eine Angliederung an Deutschland ablehnend, für die Neutralisierung der Ostseeprovinzen eintritt.

Die Leser des „Berliner Tageblatts", die sich meiner „Baltischen Bilder" erinnern, werden nicht glauben können, daß mich etwa Gleichgültigkeit gegen das Baltenland zu dieser ablehnenden Stellungnahme zu den Angliederungsbestrebungen veranlaßt. Das baltische Land und seine feine und eigenartige Kultur ist mir lieb und teuer. Aber die deutsche Politik kann nur von deutschen und nicht von baltischen Interessen geleitet werden. Und ich sehe nicht, wie eine Angliederung der Ostseeprovinzen, in welcher Form es auch sei, sich ohne die schwersten Gefahren für die deutsche Politik vollziehen sollte, wobei noch die möglichen Folgen für die auswärtige Politik Deutschlands heute unerörtert bleiben mußten.

Fragt man sich nun, wie unter diesen Umständen das Deutschtum in den baltischen Provinzen geschützt werden kann, so bleibt nur der eine Weg, es unter denjenigen Schutz zu stellen, der nach dem Kriege in Europa allen nationalen Minderheiten zuteil werden soll. Ich bin auch der Ansicht, daß gerade Deutschland mit seiner starken Volkskraft, die zu weiterer kolonisatorischer Tätigkeit führen muß, Deutschland, mit seinen zahlreichen Volkssplittern in fremdem Lande, ein Interesse daran hat, diesen Schutz der nationalen Minderheiten auf eine internationale Rechtsgrundlage zu stellen. Die Vorteile einer solchen Regelung liegen auf der Hand. Wenn dann einmal dennoch etwa dem baltischen Deutschtum Unrecht geschehen sollte, und Deutschland genötigt wäre, seine starke Hand schützend über seine Volksgenossen zu halten, so würde das Deutsche Reich nicht in den Verdacht geraten, egoistische oder imperialistische Absichten damit zu verfolgen, sondern es würde dastehen als der Vertreter und Vollstrecker einer internationalen Rechtsordnung und daher mit um so größerer Entschiedenheit seine Aufgaben erfüllen können.

Ein dänischer Politiker über die Friedensaussichten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Kopenhagen, 2. Januar.

Einer der besten Kenner der internationalen Politik und Wirtschaft, der dänische Universitätsprofessor Dr. L. v. Birck, ein Gelehrter, der trotz seiner jungen Jahre längere Zeit dem dänischen Folkething angehört hat, war so freundlich, mich zu empfangen und mir seine Meinung über die Aussichten der Friedensbewegung zu sagen. Professor Birck kennt vor allem England, auch das kriegführende England genau, da er gerade jetzt wieder einige Zeit zu Studienzwecken in London war. Er ist außerdem Mitglied der internationalen Berner Studienkommission, deren eine Abteilung unter seinem Vorsitz steht. Er sagte mir auf meine Frage, wie er die Friedensverhandlung im Osten beurteile, alles hänge zunächst davon ab, ob Trotzki stark genug ist oder, wohl richtiger, ob die Kadetten und anderen Parteien, die ja auch den Frieden brauchen, Trotzki das Vermittleramt überlassen. In diesem Fall sei das Zustandekommen des Friedens und günstiger Handelsverträge der Mittelmächte mit Rußland nicht mehr anzuzweifeln. Allerdings wird in diesen Handelsverträgen Polen eine schwierige Rolle spielen, da die polnische Industrie den Anschluß nach Osten, das ist an den russischen Markt, braucht und da Oesterreich-Ungarn, gleichviel ob es das neue Polen zusammen mit Galizien als dritten Bundesstaat in eine Doppelmonarchie einfügen kann oder nicht, einen gewissen Schutz vor der entwickelten Industrie des jetzigen Russisch-Polen brauchen wird. Die Hauptsache ist aber, daß alle hier beteiligten Länder den Handelsvertrag wünschen, und daß Deutschlands neue parlamentarische Mehrheit wohl nicht mehr so hochagrarisch ist, daß sie die Einfuhr russischen Getreides verhindern wollen wird.

„Und im Westen?" frage ich. „Im Westen", sagt Professor Birck, „ist der Friede eine englische Frage. Leider hat England einen der günstigsten Augenblicke für den Frieden verpaßt. Das war der Augenblick, als die deutschen und österreichischen Friedensangebote mit dem Höhepunkt wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den Mittelländern zusammenfielen. Damals hätte England, das werden gerade seine Freunde betonen dürfen, verhandeln müssen. Damals hätte Lord Lansdowne sprechen sollen. Eine Minderheit war auch in England schon damals für den Frieden, eine viel stärkere Minderheit als man im englischen Parlament erkennen kann; sie hatte aber in England so wenig wie in einem anderen Ententeland den Mut, zu demonstrieren, das Friedensprogramm der englischen Arbeiterparteien, selbst der sogenannten kriegsfreundlichen Mehrheit, war immer ein sehr maßvolles, man wollte ein Kolonialabkommen vorschlagen, das heißt das deutsche Südafrika zur südafrikanischen Republik schlagen und Deutschland dafür die Guineaküste anbieten. Warum es nicht zu Verhandlungen kam? Vielleicht hat Marschall Haig zu sehr an die militärische Entscheidung geglaubt, vielleicht stand auch das Abkommen Englands mit Frankreich im Wege." „Das Abkommen über Elsaß-Lothringen" frage ich. „Jawohl, über Elsaß-Lothringen." „Glauben Sie an die elsaß-lothringische Forderung noch?" frage ich. „Man muß wohl daran glauben," sagt Professor Birck, „solange die jetzigen Regierungen im Westen und in Italien am Steuer sind, solange sich darin nichts ändert, gibt es einen Frieden im Westen nur, entweder, indem Deutschland entscheidend siegt oder indem es auf die geforderte Grenzregulierung in Elsaß-Lothringen eingeht, das heißt, indem es 5- bis 600 000 Deutschen, die Frankreich für französisch hält, das Recht der Selbstbestimmung auf dem Boden munizipaler Volksabstimmung gibt." „Bleibt also nur die Frage," werfe ich ein, „ob die jetzigen Regierungen der Entente, die eine andere Verständigung ablehnen, weiterregieren werden?" „Sehr richtig," antwortet Professor Birck, „darauf kommt es noch an. Das erste Friedenszeichen kann ein Ministerwechsel bringen, es braucht nur in Italien Giolitti wiederzukommen und in Frankreich Briand." Zum Schlusse sagt Professor Birck mir noch einiges über England: In England sieht Professor Birck die regierende oder zur Regierung bestimmte Persönlichkeit, die den Frieden machen würde, noch nicht. Die englischen Staatsmänner, vielleicht abgesehen von den radikalen unter Simon, der sich abseits halten, haben zu viel versprochen, um jetzt umkehren zu können und England wird selbst, wenn seine Bundesgenossen genug haben, immer noch an die Entscheidung durch Amerika glauben.

*

Kopenhagen, 2. Januar. (Reuter-Meldung.)

Bei der königlichen Prunktafel am Neujahrstag sagte der König in seiner Rede u. a.: Wir alle fühlen den Druck der auf der ganzen Welt lastet. Wir sind dankbar für den Frieden, den wir genießen, wir sind gestärkt durch das Solidaritätsgefühl in unserem Volke und durch den Geist der Uebereinstimmung zwischen den Völkern der drei nordischen Länder.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 31. Dezember.

Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Korvettenkapitän Kophamel, das seine Fahrt bis zu den Kanarischen Inseln ausdehnte und noch dort im Hafen von Porto Grande zwei große brasilianische (ehemalig deutsche) Dampfer versenkte, ist unlängst glücklich in die Heimat zurückgekehrt. Personal und Material haben die lange Fahrt bestens überstanden und hierdurch einen neuen Beweis geliefert ebensosehr für die gute Ausbildung der Besatzung, wie für die Betriebssicherheit unserer U-Boote, die nächst der Tüchtigkeit unserer Konstrukteure und der gewissenhaften Arbeitsweise unserer Werftarbeiter dankt ist. So tragen auch diese ihr volles Teil zu den Erfolgen des U-Boot-Krieges und damit zum endlichen deutschen Siege bei.

Die Gesamtbeute dieses U-Bootes besteht in der Versenkung eines wahrscheinlich amerikanischen Zerstörers von 9 Dampfern und 5 Segelschiffen mit insgesamt rund 45 000 Bruttoregistertonnen.

Unter den Ladungen der meist von Amerika nach Italien oder Frankreich bestimmten Schiffe befanden sich mindestens 10 000 Tonnen Kriegsmaterial, ferner Kaffee, Leder, Weizen, Kupfer, Stahl, Erdnüsse, Gummi in größeren Mengen. 22 Tonnen Kupfer hat das U-Boot außerdem als wertvollen Beitrag für die deutsche Kriegswirtschaft mitgebracht.

Seine Majestät der Kaiser hat dem Kommandanten, der schon auf eine Reihe rühmlicher Kriegsleistungen zurücksieht, den Orden Pour le mérite verliehen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wirtschaftliche Verhandlungen der Mittelmächte in Wien.

Wien, 1. Januar. (Meld. des Wiener k. k. Tel.-Korr.-Bur.)

Morgen wird der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle an den Verhandlungen über die mit den Friedensverhandlungen zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen sowie an den Beratungen, die in der Angelegenheit der Vorbereitung eines Handelsvertrages mit Deutschland stattfinden, teilnehmen. Bei diesen Beratungen wird die deutsche Regierung durch den Wirklichen Geheimen Rat v. Körner vertreten sein. Der Ministerpräsident wird voraussichtlich erst übermorgen nach Budapest zurückkehren.

* Der türkische Finanzminister **Dschawid Bei** ist, wie angekündigt, heute vormittag aus Wien hier eingetroffen.

Englischer Bericht aus Palästina:

General Allenby meldet, daß er seine Linien nördlich von Jerusalem weiter vorgeschoben habe. Vom 27. bis zum 29. Dezember einschließlich machten wir 750 Gefangene, darunter 39 Offiziere. Bis jetzt sind 1006 feindliche Gefallene gezählt worden.

Rückblick auf Europa.

Von [Nachdruck verboten.]

Johannes V. Jensen (Kopenhagen).

Der Fürstenmord in Sarajewo war trotz seiner Häßlichkeit bereits halb vergessen, nachdem er auf die Welt den Eindruck gemacht hatte, den ein Mord von königlichen Personen stets zu machen pflegt: als es knapp einen Monat später in Europa zu sieden und zu kochen begann. Und was niemand für möglich gehalten hatte, wurde Wirklichkeit. Im Laufe einiger unruhiger Wochen, dann einiger bis zum Wahnsinn erregter Tage, wo ein anscheinend unmöglicher Schritt den anderen nach sich zwang, kam schließlich die Gewißheit des Weltkrieges und brachte der Welt eine eigenartige Stimmung von Kriegsrausch, Verzweiflung und rasendem Tempo zugleich, die nicht einmal Zeit ließ, den Umfang des Unglücks zu erfassen. Denn es ist ein Phänomen, das nur der Krieg kennt: daß alle Anstrengungen, das Unabwendbare zu vermeiden, just in das Unabwendbare hineinführen. Es ist nicht wie bei einem anderen Unglück, wo es still wird, wenn alles zusammengestürzt ist; hier fing das Unglück nach dem Zusammensturz erst an. Es ging Schlag auf Schlag, jeden Morgen, wenn man die Telegramme las, hatte die Nacht gearbeitet, der eine Schreck überbot den anderen, Panik zeugte Panik; man meinte Haufen von Menschen zu sehen, die einander überschrien, überall in den Hauptstädten standen sie auf und schrien — und dann kam eine Unglückspause, und in der hörte man, wie beim herannahenden Gewitter, den schweren, dumpfen Ton von marschierenden Heermassen, den Aufmarsch an den Grenzen, eine schwarze Flut von Menschen war losgebrochen, und keine menschliche Macht konnte ihr Einhalt gebieten. Nach hundert Jahren hatte das Höllenpferd sich wieder aufgemacht.

Jetzt sind fast dreiundeinhalb Jahre vergangen, und noch ist das Tempo nicht herabgesetzt; mit dem Maß dieses Krieges gemessen, ist gar kein Zeitraum, ist nur ein großer blutiger Augenblick vergangen. Ich hätte nie geglaubt, daß ein Zeitraum von dreieinhalb Jahren so kurz sein kann; man erinnert sich ja noch des Tages des Kriegsausbruchs, als ob es erst gestern gewesen wäre! Das Resultat der dreieinhalb davongeflogenen Jahre aber ist etwas, das man weiß: zehn Millionen Männer im besten Alter sind erschlagen. Weiß man das wirklich? Zahlen machen keinen wirklichen Eindruck auf die Phantasie. Ich möchte vorschlagen, daß irgendeine Institution, friedensfreundlich, statistisch oder nur aufklärend, zehn Millionen kleiner Figuren von den Soldaten der verschiedenen Länder anfertigen und sie aufstellen läßt, so daß man sehen könnte, wie ungeheuer groß solche Anzahl in Wirklichkeit ist.

Der Kriegsausbruch fiel, das ist vielleicht nicht unwesentlich, mit dem heißesten Sommer zusammen, den Europa je gehabt hat. Das Thermometer hielt sich im Juli auf einer Höhe, wie man sie sonst nur zwischen den Wendekreisen hat; es gab Tage, an denen man sich in dem zugleich schlafenden und auch gereizten Zustand befand, den Leute, die in den Tropen gewesen sind, kennen: erweiterte Impulse und versagende Hemmungen, ein Zustand, der in großer Form als „Tropenkoller" bekannt ist. Zweifellos war die Hitze von 1914 Europa auf die Nerven gegangen und hat jedenfalls ihren Teil zur Katastrophe beigetragen. Alle Welt wurde aus den Ferien, den Badeorten zurückgerufen, unausgeruht, und sollte plötzlich Bestimmungen von schwindelhafter Tragweite treffen, in siedenden Kontoren, auf der Stelle, ohne Prägedenz — und so ging es denn, wie es ging. Kurzschluß, Feuer statt Strom: der Nerv der Zivilisation durchgebrannt.

Der Sommer an sich aber war herrlich, und man wird sich des großen Idylls vorm Ausbruch des Krieges durch das Kontrastverhältnis wie eines entschwundenen Landes erinnern, zu dem man nie zurückkehren kann, wenn man auch noch mitten darin lebt. Niemand kann sich mehr entsinnen, wie es vor dem Krieg war. Wohl kann man sich der Umstände von der Zeit vor 1914 erinnern, die eigentliche innere Atmosphäre aber ist von einer anderen vertrieben worden, ohne daß man es weiß; man sieht jetzt mit den Augen des Krieges und wird nie wieder anders sehen.

Einzelne Erinnerungen aber besitzen die Fähigkeit blitzweise einen Einblick in das entschwundene Land zu öffnen, meistens unbedeutende Dinge, die aus irgendeinem Grund stark sind wie ein Duft, der uns Entschwundenes nahebringt. So erinnere ich mich eines der heißen Julitage, als noch kein Mensch an Krieg dachte, wie ich mit einem Automobil, das entzwei ging, gestrandet war, und mich plötzlich in Pyjama, Gummimantel und bloßen Füßen mitten auf der Landstraße in einem Walde befand. Während durch die Energie anderer ein neuer Wagen hergeschafft wurde, leistete ich mir einen ruhigen Schlummer auf dem Grabenrand und fand beim Erwachen einige wilde Erdbeeren gerade vor meiner Nase. Wenn ich mich in diese Situation zurückversetze, bin ich imstande, den Duft der Welt festzuhalten, wie er vorm Kriege war, von diesem Wald aus in immer größer werdenden Ringen über die ganze sommerliche, sorglose, nichtsahnende Welt. So ist es nicht mehr.

Aber bereits an jenem Julitage im Walde lag der Krieg auf der Lauer. Wir hatten einen jungen deutschen Doktor zum Bahnhof begleitet, einen schönen, einnehmenden Menschen von einem blendend feinen jüdisch-babylonischen Typ, einen jungen König Amenophis, von allen bewundert und unaufhörlich, während er uns in unserem Landhaus besuchte, davon in Anspruch genommen, in alle Weltrichtungen zu telegraphieren, um, wie ich mir vorstelle, eine Unmenge von Freundinnen auseinander zu halten. Eine Woche darauf war er als Ulan auf dem Wege nach Belgien; noch ein halbes Jahr hörten wir von ihm, zensurierte Kriegskarten — wo ist der schöne, kluge Amenophis jetzt?

Wie schon so häufig, auch bei anderen Gelegenheiten, haben wir Dänen uns als Zuschauer einrichten müssen, wenn etwas in der großen Welt vorging. In diesem Fall ist es nicht zu bedauern. Aber noch jetzt denke ich mit einem gewissen Gefühl von Neid daß rasende, blendende Tempo im Anfang des Krieges zurück, als Deutschen Belgien stürmten, an die Eilmärsche, die Bombardements man meinte die Rücken der Regimenter zu sehen, wie sie aufzogen, stellte sich vor, wie sie sich durchhämmerten, vorwärtsdrängten, kolossaler Schwung war in diesem Ueberfall, der ihnen nie verzögert wurde, bis sie, wie jede Bewegung, den entsprechenden Widerstand schufen. Später ist der Krieg in das Zeichen der Schützengräben Aushungerung getreten, ich aber meinerseits werde nie das prachtvolle, an die alten, blitzsendenden Götter, Thor und Jupiter, erinnernde Tempo der ersten Kriegswochen vergessen.

Ich habe später oft gedacht, wer wohl der allererste war, der den Fronten fiel? Einer muß der erste gewesen sein, und ich weiß nicht recht, warum ich mir gerade von ihm ein Bild machen mögen. Wenn der Krieg vorbei ist, wird es eine Anzahl Soldaten geben, die während des ganzen Feldzuges dabei gewesen sind, alle Schlachten mitgemacht und merkwürdigerweise alle überlebt haben; einige werden nun einmal das Glück haben, ebenso wie einer ja das große Los in der Lotterie gewinnen muß; ich werde es mir angelegen lassen, einst mit solchem Mann zu sprechen.

Selbst die umgeheure Zahl von Gefallenen, im Verhältnis zu anderen Kriegen, ist nicht imstande gewesen, einen schnellen Abschluß des Krieges herbeizuführen; diese Art der Erschöpfung scheint sich wenigstens fühlbar zu machen, der Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen lastet schwerer.

Der Totaleindruck des Krieges gibt eine Vorstellung von der Ueberbölkerung der Erde, unheimlicher und lebendiger als man sie vorher hatte. Vielleicht war das die eigentliche Ursache zum Krieg.

Eine Tragödie aus dem Nachlaß Wildenbruchs scheint demnächst unter dem Titel „Ermenerich, der Kö[illegible]" im Verlag G. Grote (Berlin). Aus dem Vorwort, das Berthold Litzmann schrieb, entnehmen wir folgendes: „Ermenerich ist Schmerzens- und Sorgenkind im doppelten Sinne. Acht Jahre [illegible] der Dichter mit ihm gerungen, die 1903 vollendete erste Fassung 1906 und 1908 durchgreifenden Umarbeitungen unterworfen, um das Werk schließlich doch in seinem Schreibtisch zu vergraben, weil er selbst den Glauben daran verloren gehabt hätte, sondern weil die wenigen Nächsten, denen er es mitteilte, erklärten, ihm nicht folgen zu können. Diesem Widerstand war der totkranke Mann nicht mehr gewachsen. Er gab den Kampf auf; schrieb [illegible] „Deutschen König" und schloß damit seine Lebensarbeit."

Aus der Musikwelt. In der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche veranstaltet Organist Walter Fischer morgen um 6 [illegible] ein Orgelkonzert, bei welchem Lisa Dinge-Schenk (Sopran) und Fräulein Anna Graeve (Alt) mitwirken.

Die Notlage der Kleinstädte.

Zur Lebensmittelversorgung.

Zu den lebhaften Klagen der großstädtischen Bevölkerung über mangelhafte Versorgung mit wichtigen und notwendigen Nahrungsmitteln kommen nun auch die Beschwerden aus der Kleinstadt. Der konservative „Reichsbote" macht sich zum Sprachrohr dieser Kreise und entwirft folgendes Bild von der Notlage der kleinstädtischen Einwohner, soweit sie nicht zu den Selbstversorgern gehören:

„Neben den rationierten Mengen an Brot und Kartoffeln erhält der Nichtselbstversorger in der Kleinstadt und auf dem Lande alle vierzehn Tage nur 200 Gramm Fleisch, oft auch nicht einmal diese Ration ganz, und wöchentlich 40 Gramm Fettstoffe. Es gibt niemals für Kinder im Wachstum einen Zusatz; es besteht keine Möglichkeit, für Fleisch einmal etwas anderes zu erhalten. Nicht einmal eine regelmäßige Versorgung an Marmelade besteht. Auf Anfragen an zuständiger Stelle wurde die Antwort, daß für die Kleinstädte eben Lebensmittel nicht zur Verfügung stehen. Die Nichtselbstversorger auf dem Lande und in der Kleinstadt sind also gezwungen, entweder ihre Kinder verkümmern zu sehen oder sich fort und fort hintenherum etwas zu verschaffen."

Der „Reichsbote" erwartet von Herrn v. Waldow, daß er diese unerträglichen Zustände ändern werde. Wenn die Verhältnisse zutreffend geschildert worden sind, so wird man sich dieser Forderung durchaus anschließen müssen. Allerdings glauben wir nicht, daß solche Klagen für die Kleinstädte ganz allgemein berechtigt sind. Gerade in solchen mehr oder weniger mit dem Lande zusammenhängenden Orten liegen die Verhältnisse sehr verschieden. Aber wenn wirklich eine „zuständige Stelle" erklärt haben sollte, „daß für die Kleinstädte Lebensmittel nicht zur Verfügung stehen", so wäre dagegen allerdings der schärfste Protest am Platze. Nur in einer Beziehung stimmen wir dem „Reichsboten" nicht zu; er meint, daß solche Zustände beseitigt werden könnten, wenn man „den großen Industriewerken bei der Beschaffung von Lebensmitteln mehr auf die Finger sieht". Damit wird nur der eine Selbstverbraucher gegen den anderen ausgespielt. Die Abhilfe kann nur in einer schärferen Erfassung der Lebensmittel beim Erzeuger und in einer besseren Verteilung unter die Verbraucher gefunden werden.

100 000 Frauen an der Eisenbahn.

Minister v. Breitenbach über die Frauenarbeit.

Der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach macht in der „Leipziger Illustrierten Zeitung" interessante Mitteilungen über die Arbeit der Frauen an der Eisenbahn im Weltkrieg. Danach hat die preußisch-hessische Staatseisenbahnverwaltung, die vor dem Kriege in einigen wenigen Dienstzweigen (im Bureau-, Abfertigungs-, Telegraphen- und Schrankenwärterdienst, bei der Bahnunterhaltung, der Reinigung der Betriebsmittel und der Diensträume) knapp 10 000 Frauen beschäftigte, die weiblichen Kräfte nunmehr zu fast allen Dienstverrichtungen des vielgestaltigen Eisenbahnwesens zugelassen und ihre Zahl allmählich auf 100000 erhöht. Hiermit dürfte indessen die Entwicklung bei der Fortdauer des Krieges noch nicht abgeschlossen sein. Um die Eisenbahnen voll leistungsfähig zu erhalten und um auch noch möglichst viele kriegsverwendungsfähige Eisenbahner für den Dienst mit der Waffe freizumachen, wird es einer weiteren Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte bedürfen. Der Entwicklung sind hier nur Grenzen gezogen einerseits durch das vorläufig allerdings noch nicht erschöpfte weibliche Arbeitsangebot, andererseits aber durch die Rücksicht auf die Sicherheit und planmäßige Abwicklung des Eisenbahndienstes. Die weiblichen Ersatzkräfte werden während des Krieges nur zur vorübergehenden Beschäftigung angenommen, da die vermehrte Frauenbeschäftigung ein den Eisenbahnen durch den Krieg aufgedrungener Notbehelf ist. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß sie sich im großen und ganzen aufs beste bewährt haben, ein Erfolg, zu dem die von der Verwaltung eingeführte weibliche Berufskleidung nicht wenig beigetragen hat. Allerdings steht der Nutzen der Frauenarbeit in den vielfältigen, in seinen einzelnen Zweigen durchaus verschieden gearteten Eisenbahnwesen nicht überall auf gleicher Höhe. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Frau in rein verstandesmäßiger Tätigkeit den Mann bei einfachen dienstlichen Verhältnissen zu ersetzen vermag, wenngleich ihr anfangs die gründliche Fachausbildung und Schulung des Eisenbahners abgehen. Wo die geistigen Fähigkeiten mit körperlicher Gewandtheit und Rüstigkeit gepaart sein müssen — und das ist überall im eigentlichen Eisenbahnbetriebsdienst der Fall — kann die Frau indessen mit der männlichen Leistungsfähigkeit nicht Schritt halten. Wo es aber vorwiegend auf jene körperlichen Eigenschaften ankommt, wie bei den Betriebs-, Bahnunterhaltungs- und Werkstättenarbeitern, erreichen die Frauen nur 50 bis 75 Prozent der männlichen Leistungsfähigkeit, ein Ergebnis, das bei der geringeren Widerstandsfähigkeit des weiblichen Organismus nicht etwa zu ungunsten der Frau spricht.

Der Wahlrechtsausschuß.

Vor dem Beginn der Arbeiten.

Der 35gliedrige Ausschuß, der die preußische Wahlrechtsvorlage beraten soll, wird seine Arbeiten am 11. Januar wieder aufnehmen unter dem Vorsitz des nationalliberalen Abgeordneten Haußmann. Nach Mitteilungen einer Nachrichtenstelle sollen die Beratungen mit einer allgemeinen Aussprache eingeleitet werden, die etwa drei bis fünf Sitzungen in Anspruch nehmen dürfte. Die Regierung ist bereits aufgefordert worden, dem Ausschuß mit Material an die Hand zu gehen. Aus dem Vergleich mit den Wahlrechtssystemen anderer Staaten sollen die nötigen Schlüsse gezogen werden. Wahrscheinlich wird die Entscheidung über das gleiche Wahlrecht nicht sofort fallen, denn da bei der Zusammensetzung des Ausschusses eine Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht ist, würde bei der sofortigen Ablehnung ein Konflikt mit der Regierung heraufbeschworen werden, der durch Zugeständnisse auf anderen Gebieten vielleicht verhindert werden könnte. Auch haben einige Parteien des Abgeordnetenhauses bereits erklärt, daß sie ihre endgültige Stellungnahme zum gleichen Wahlrecht von der sonstigen Gestaltung der Verfassungsvorlagen abhängig machen werden. Ein Antrag, ein Mehrstimmenrecht an Stelle des gleichen Wahlrechts einzuführen, ist in Vorbereitung. Dabei sollen auf Besitz und Bildung Rücksicht genommen werden. Man rechnet damit, daß der Ausschuß, der die Vorlagen in drei Lesungen beraten will, etwa im Juni mit diesen Arbeiten fertig sein wird, so daß dann die Gesetzentwürfe in der Vollsitzung zur zweiten Lesung gestellt werden können.

„Wann wird der Retter kommen?"

(Von unserem Korrespondenten.)

⊙ **Bielefeld**, 1. Januar.

In recht charakteristischer Weise beschäftigt sich die „Neue Westfälische Volkszeitung", das Organ der Konservativen in Minden-Ravensberg, mit den deutsch-russischen Verhandlungen in Brest-Litowsk. „Mühsam nur", schreibt das Blatt, „dämmt sich unsere Erregung angesichts der letzten Nachrichten aus Brest-Litowsk, die so ungeheuerlich, derart demütigend und tiefkränkend für das preußisch-deutsche Ehrgefühl und in solchem Maße vernichtend klingen für Deutschlands Weltmachtszukunft, daß man sie einfach nicht glauben wird ... Unter dem ersten niederschmetternden Eindruck muß es heute und sofort gesagt werden: wenn die „Stipulationen" von Brest-Litowsk in ihren entscheidenden Punkten nicht noch von Grund aus geändert und umgestürzt werden — sei es, daß die Westmächte dieses neueste und schmachvollste aller Friedensangebote mit dem gleichen Hohn zudecken wie vordem, sei es, daß bei uns endlich der langverhaltene Entrüstungssturm mit Wucht losbricht, der die Bahn freimacht für das deutsche Siegerrecht — dann stehen wir vor dem Bankerott Deutschlands, vor dem Zusammenbruch aller unserer stolzen Hoffnungen, vor der schwächlichsten Kapitulation, welche die Weltgeschichte je sah und jemals wieder sehen wird. Denn wir würden uns aus dem dann folgenden Elend und Knechttum nie mehr erlösen können ... Der Ruf nach den befreienden Helden durchdrauft heute die deutsche Seele in ihrer grenzenlosen Not und Verlassenheit: wann wird der Retter kommen unserem Lande? „Es ist ein halbes Jahrhundert her, aber es war ebenfalls eine Zeit allerschwersten inneren Konflikts, als Bismarck zu seinem schwankenden König sprach: „Eure Majestät sind in der Notwendigkeit zu fechten. Sie können nicht kapitulieren! Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten!" Diese Stunde durchleben wir heute aufs neue ...

Die Bekämpfung der Möbelnot.

Städtische Vorbereitungen.

Die Altmöbelverkaufsstelle der Stadt Berlin wird in den nächsten Tagen eröffnet werden. Gegenwärtig werden die notwendigen Vorarbeiten durchgeführt. Auch die Stadt Neukölln hat sich dem Vorgehen mehrerer Groß-Berliner Gemeinden angeschlossen und eine städtische Möbelverkaufsstelle errichtet. Der Neuköllner Magistrat hat für Ankäufe gebrauchter Möbel bereits einen Betrag von 50000 Mark ausgesetzt. Zunächst soll ein größere Anzahl alter Möbel angekauft und hergerichtet werden. Auch schweben in städtischen Kreisen Neuköllns Verhandlungen darüber, ob man sich der vom Staatssekretär a. D. Dernburg begründeten Groß-Berliner Möbelgesellschaft anschließen soll.

Der Leiter des Berliner Jugendamts.

Eine Zuschrift.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

„Das Plenum der Berliner Stadtverordneten hat die Magistratsvorlage über die Errichtung eines Jugendamtes nur mit wesentlichen Veränderungen angenommen. Hatte die Magistratsvorlage den Aufgabenkreis des Jugendamts so umrissen, daß tatsächlich eine Zentralisation aller der Jugendpflege und -aufsicht dienenden Bestrebungen stattfinden konnte, so will das Plenum wichtige Zweige der Jugendfürsorge, zum Beispiel die ganze Säuglings- und Schülerfürsorge, bei ihren Deputationen belassen. Das bedeutet eine erhebliche Durchlöcherung des Jugendamtsgedankens, und man kann sich bei dem engen Ineinandergreifen aller zur Jugendpflege gehörigen Zweige kaum vorstellen, wie dieser Torso eines Jugendamts ersprießliche Arbeit leisten kann.

Bedeutet dieser Plenarbeschluß eine Verschlechterung der Magistratsvorlage, so ist in der Frage der Leitung des Jugendamtes durch die Stadtverordneten eine Verbesserung der ursprünglichen Vorlage herbeigeführt worden. Die Magistratsvorlage wünschte ausdrücklich zwei Pädagogen zum Leiter und seinem Stellvertreter. Dagegen wurde von ärztlicher, besonders von kinderärztlicher Seite, mit Recht Einspruch erhoben. Die Aufzucht der Jugend ist keine einseitig pädagogische Angelegenheit, und wie der Mensch aus Leib und Seele besteht, so müssen Erzieher und Aerzte an seiner Aufzucht mitarbeiten. Ja, man kann angesichts der allgemeinen Schulpflicht meinen, daß für den erzieherischen Teil der Aufzucht dem Jugendamt weniger zu tun verbleibt als für den gesundheitlichen. Das Plenum der Stadtverordneten hat nun zwar nicht klare Stellung genommen; aber die ausdrückliche Forderung des Magistrats, zwei Pädagogen an die Spitze des Jugendamtes zu stellen, ist fallen gelassen. Es wurde der Standpunkt eingenommen, daß die Vorbildung unmaßgeblich sei, ausschlaggebend sei, ob die vom Magistrat vorgeschlagenen Männer geeignet seien für die schöne, aber auch sehr verantwortungsvolle Stelle.

Angesichts dieses Standes der Angelegenheit kann gar nicht eindringlich genug gewünscht werden, daß die Stellen des Leiters des Jugendamtes und seines Stellvertreters öffentlich ausgeschrieben werden mögen. Der Leiter gibt der Arbeit seines Amtes Weg und Ziel, und je verschwommener die Umrisse des Jugendamtes gezeichnet sind, desto mehr wird es von dem Leiter abhängen, ob das Amt nur ein Amt mehr sein wird oder ob es der Aufzucht unserer Jugend zum Segen gereichen wird."

Der Hochbahnverkehr in der Silvesternacht. Von dem gewaltigen Verkehr, der in der Silvesternacht herrschte, gibt die Frequenz auf der Hoch- und Untergrundbahn Zeugnis. Während in der Silvesternacht des Jahres 1916/17 auf der Hochbahn 231 000 Personen befördert wurden, haben in der letzten Silvesternacht 431 000 Personen, somit 200 000 Personen mehr, die Hoch- und Untergrundbahn benutzt. Die elektrischen Straßenbahnen wiesen gleichfalls einen bedeutenden Verkehr auf.

Die Neujahrsglückwünsche, die die Beamten des Berliner Haupttelegraphenamtes alljährlich mit den Telegraphenstationen des Auslandes wechselten, sind in diesem Jahre wegen der Ueberlastung der Telegraphen unterblieben.

500 Mark Belohnung sind auf die Wiedererlangung von Woll- und Seidenröcken, Blusen, Mänteln und Kostümen ausgesetzt, die in der Neujahrsnacht zwischen 3 bis 5 Uhr aus dem Damenkonfektionsgeschäft von A. Geilich, Berlin, Eisenbahnstraße 37, gestohlen wurden. Die entwendeten Waren haben einen Wert von 30000 Mark.

Die Verpflichtung zum Schneeschippen. Von juristischer Seite wird uns geschrieben: „Die in Ihrem Blatte vom 30. Dezember wiedergegebene Darlegung des Vorsitzenden des Grundbesitzervereins, Architekten und Stadtverordneten Max Bissing enthält einen grundsätzlichen Rechtsirrtum. Nach allgemeinem Recht sind die Grundeigentümer bzw. die Erbbauer der Grundstücke zur Beseitigung des Schnees vor ihrem Grundstück verpflichtet. Diese Verpflichtung trifft die genannten Personen als solche, nicht als Hausbewohner. Die Verordnungen des Oberkommandos schaffen lediglich eine Verpflichtung der Hausbewohner zur Unterstützung des Besitzers. Die Besitzer haften also in erster Linie. Die Verpflichtung der Mieter ist eine subsidiäre, aus den gegenwärtigen Verhältnissen der Kriegszeit zu erklärende Hilfsleistungspflicht. Der Dank des Magistrats für die — darüber hinausgehende — Mitarbeit von Mietern erscheint also, wie Sie zutreffend hervorheben, auch vom Standpunkte rechtlicher Beurteilung des Sachverhalts, durchaus begründet. Die Hausbesitzer sollten m. E. sich der Kundgebung des Magistrats in eigenem Interesse anschließen."

Mord an der Schwiegermutter. Der Häusler Glomb in Wachyow (Kreis Rosenberg O.-S.) hat, wie uns aus Oppeln gemeldet wird, nach einem Wortwechsel seine 84 Jahre alte Schwiegermutter, die Häuslerin Lyssi, mit der Dunggabel ermordet. Der Täter wurde verhaftet.

Schiebungen mit Lebensmitteln. Das Schöffengericht in Rosenheim verurteilte einem Privat-Telegramm zufolge wegen Schiebungen mit Zucker den Direktor Benedikt des städtischen Lebensmittelkommunalverbandes in Rosenheim zu 500 Mark Geldstrafe, ferner wegen Preiswuchers mit Mandeln und Zigarren den Prokuristen Hoeger der gleichnamigen Großfirma in Rosenheim zu 3700 Mark Geldstrafe und die Bäckereibesitzerin Aschl, gleichfalls in Rosenheim, wegen Preistreiberei zu zwei Monaten Gefängnis.

Eine furchtbare Mordtat wurde in dem städtischen Gaswerk im Wiener Vorort Simmering verübt. Dort wurde einem Privat-Telegramm aus Wien zufolge ein junger Arbeiter namens Chalupka erschlagen. Der Täter ist unbekannt. Der Mord ist dadurch besonders gräßlich, daß dem Opfer am rechten Oberschenkel ein dreißig Zentimeter langes und zwölf Zentimeter breites Stück Fleisch bis zum Knochen herausgeschnitten wurde. Dieses Stück Fleisch hat der Täter mitgenommen.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Ziemlich zahlreiche, im östlichen Ostseegebiete vielfach starke, in den meisten anderen Gegenden geringe Niederschläge.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Zunächst milder, veränderlich, vorwiegend trübe und etwas nebelig mit geringen Niederschlägen, später zeitweise heiter und neue Abkühlung.

Kathi Frank †. In Wien ist, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, die Tragödin Kathi Frank im Alter von 65 Jahren gestorben. Mit ihr ist eine Schauspielerin großen Stils dahingegangen, eine Beherrscherin des klagenden, jubelnden und grollenden Wortes, eine Meisterin klassischgebundener, ausdrucksvoller Gebärde. Eine Zeitlang war der Name der Kathi Frank zugleich der Begriff einer ideal gerichteten, edlen, antiker Plastik nah verwandten Schauspielkunst. Das war, als die Künstlerin von Frankfurt aus, wo sie zwölf Jahre lang am Schauspielhaus wirkte, ihre großen, reifen Gestaltungen der „Iphigenie", „Sappho", „Deborah", „Milford" und „Lady Macbeth" in zahlreichen Gastspielreisen auf die bedeutendsten Bühnen Deutschlands und Oesterreichs trug und auch im Ausland, wie in Moskau und Petersburg, Triumphe erntete. Aus kleinen Anfängen heraus hatte sie sich beinahe ohne Schulung, jedoch nicht ohne glückliche künstlerische Leitung und Führung zu dieser Bedeutung emporgearbeitet. In Böfing bei Pressburg in beinahe ärmlichen Verhältnissen geboren, durfte sie in ihrer Vaterstadt noch als Kind bei einer fliegenden Schauspielertruppe zum ersten Male als „Kleine Deborah" auftreten, wurde ohne jede Vorbildung und dramatische Schulung ans Viktoriatheater nach Berlin engagiert und kam von da, auf Empfehlung Hermann Hendrichs, an das Stadttheater in Wien, das damals Laube leitete. Laube war auch der erste, der die Aufmerksamkeit der Wiener Theaterwelt auf dieses starke schauspielerische Naturell hinlenkte. Die „schönen Mittel, Antlitz, Gestalt, Organ, durch klaren Vortrag und leidenschaftlich warmen Ausdruck gehoben" überraschten ihn. Ein kurzes Engagement am Burgtheater unterbrach die Tätigkeit der Kathi Frank am Wiener Stadttheater, dem sie mehr als ein Jahrzehnt angehörte. Von da ging sie über Hamburg, Riga und Stuttgart nach Frankfurt a. M., wo sie ihre letzte große Entwicklung fand. Sie verpflichtete sich zuletzt 1901 ans Irvingplacetheater in New-York. Nachdem dieses Engagement abgelaufen war, geriet die Künstlerin, die kein Unterkommen mehr finden konnte, in bittere Not. Sie lebte während der letzten Jahre in ärmlichen Verhältnissen in Wien, einst eine gefeierte Heldin der Bühne, nun aber eine nicht minder große Heldin der grausamen Tragödie, die man „Komödiantenelend" nennt.

Die Modebewegung auf der Bühne. Aus Leipzig schreibt unser Korrespondent: Der Verein der Künstlerinnen zu Leipzig beabsichtigt, den durch den Krieg in ihrem Schaffen beschränkten Künstlerinnen ein neues Feld der Tätigkeit zu erschließen, indem er ihnen Gelegenheit gibt, deutsche künstlerisch ausgeführte Frauenkleidung auszustellen. Außer einer Modeschau auf der Leipziger Messe will der Verein ein Modeschaustück mit Musik und Spiel aufführen, das den Titel „Zehn Mädchen und kein Mann" trägt. Die Aufführungen sollen im Krystallpalast und als künstlerische Morgenfeier im Schauspielhaus stattfinden.

Graf Stanislaus Tarnowski, Präsident der Akademie der Wissenschaften in Krakau und Professor an der Jagellonischen Universität, Mitglied des österreichischen Herrenhauses, ist in Krakau am letzten Tage des Jahres 1917 gestorben. Graf Tarnowski, der am 7. November 1837 in Djakow (Galizien) geboren wurde, begründete 1866 die polnische Revue in Krakau und wurde 1869 Dozent, 1872 ordentlicher Professor an der dortigen Universität. Die Geschäfte eines Präsidenten der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften führte er seit 1890. Sein klassisches Hauptwerk sind die „Studien zur Geschichte der polnischen Literatur" (1886 ff., 5 Bände). Ferner schrieb er neben vielen Abhandlungen und politischen Broschüren über den polnischen Roman, über die Lustspiele Fredros, über Shakespeare in Polen und über den polnischen Dichter Zygmunt Krasinski.

Wissenschaftliche Nachrichten. Aus Anlaß des 90. Geburtstages des Seniors der Universität Jena und der deutschen Frauenärzte, des Wirklichen Geheimen Rats Professors Dr. Bernhard Sigmund Schultze Exzellenz, fand in Jena eine Universitätsfeier statt. Ansprachen hielten der Prorektor Geheimer Hofrat Professor Dr. Maurer und der Dekan der Medizinischen Fakultät Geheimer Rat Professor Dr. Binswanger; ferner Professor Dr. Roll für die Medizinisch-Naturwissenschaftliche Gesellschaft, Professor D. Liebmann und Professor Dr. Stutsch, der 27 Jahre dem Jubilar assistiert hat, namens dessen Schülern.

Professor Dr. Anton v. Bühler, Ordinarius der Forstwirtschaft an der Tübinger Universität, begeht heute seinen 70. Geburtstag. v. Bühler lehrte von 1882 bis 1896 an der Technischen Hochschule in Zürich.

Zum Tode Erich Kuithans. Aus Jena wird uns geschrieben: Der Maler Erich Kuithan, der nach kaum vollendetem 42. Lebensjahr in Jena starb, war ein rechter Maler des Herzens. Seine Landschaftsdilmdisse, Fresken und Blumenstücke sind von warmer Empfindung eines tiefen Gemütes erfüllt. Die Stoffe seiner kräftigen Bilder entnahm er gern der Welt industrieller und technischer Arbeit. Die geplante, von ihm selbst mitgeleitete Herausgabe seines Lebenswerkes in Buchform soll nach der Beendigung des Krieges erscheinen. Kuithan lebte in Schlitz-See, später in Jena, wurde Professor an der königlichen Kunstschule in Berlin, gab seine Lehrtätigkeit aber bald wieder auf und kehrte nach Jena zurück. Die Eingangshalle der Universität Jena ist mit Fresken von seiner Hand geschmückt.

Thomas Mann ersucht uns um Aufnahme der folgenden Mitteilung: „Im zweiten Absatz meines kleinen Artikels „Weltfrieden?" (27. Dezember Abendausgabe) zitierte ich einen Satz aus Dehmels neuem Drama. Der Setzer schloß aber leider die Anführungsstriche nicht an rechter Stelle sondern erst am Schlusse des ganzen Absatzes. Zitat ist natürlich nur der eine Satz: „Selbst das größte Gefühl wird klein, wenn es sich aufputzt mit großen Begriffen; ein bißchen Güte von Mensch zu Mensch ist besser als alle Liebe zur Menschheit." Was folgt, ist wieder meine eigene Rede."

Die Wirtschaftsgesetzgebung 1917

Von

Dr. August Behrens.

II.*)

Den ersten Teil unserer Ausführungen über die gesetzgeberische Tätigkeit im Jahre 1917 hatten wir mit dem Hinweis abgeschlossen, dass, wie die geschäftlichen Beziehungen des deutschen Kaufmannes zum Auslande durch Devisenmassnahmen, Einfuhrverbote und dergleichen eng eingeschnürt seien, so auch der Inlandsverkehr in Fesseln gelegt sei. In letzterer Beziehung ist zunächst an die Fülle der Vorschriften über Kontingentierung, Rationierung, Beschlagnahme, Bezugsscheinpflicht, Arbeitszeit, Kohlen-, Licht- und Kraftverbrauch zu erinnern. Dann aber hat das Jahr 1917 auch noch Neuerungen allgemeiner Art gebracht. Der Staat hat mit einem System begonnen, das noch in den Kinderschuhen steckt, dessen Entwickelung jedoch scheint fortschreiten und dann unter Umständen dem freien Handel verhängnisvoll werden kann. Gemeint ist die Zusammenlegung von Betrieben. Der ihr zugrunde liegende Gedanke ist an sich richtig, denn es ist eine Verschwendung oder kann wenigstens eine Verschwendung von Energie sein, wenn man zehn Werke je zur Hälfte im Betriebe erhält, statt fünf Werke ganz und fünf Werke gar nicht zu beschäftigen. So zutreffend dies indes vom theoretischen Standpunkte ist, und so sehr wir mit Arbeitskraft und Rohstoffen im Kriege und auch in der ersten Zeit nach dem Kriege sparsam sein müssen, so schwierig ist es, den Gedanken in die Praxis umzusetzen. Die Regierung hat die ersten Versuche bei der Schuh- und bei der Seifenindustrie gemacht, und hier die Zusammenlegung durch Gesetz angeordnet. Den gleichen Schritt hat sie bezüglich der Brauereien vorbereitet, wo allerdings die Beteiligten noch die Hoffnung haben, dass die Durchführung unterbleibt. Ob die Erfolge der Versuche aber zu weiteren Massnahmen reizen, bleibt zum mindesten abzuwarten, jedenfalls ist schon eine Menge von Missholligkeiten aufgetreten, die so einfach sicherlich nicht zu beseitigen sind; man denke z. B. nur daran, dass ein stillgelegter Betrieb nicht nur für den Augenblick Schaden erleidet, sondern auch für die Zukunft seine Kundschaft zugunsten der arbeitenden einbüssen kann. Bedenklich sind ferner noch einige andere Punkte. Staatssozialistisch angehauchte Personen oder Behörden könnten mit dem Gedanken umgehen, die Zusammenlegung von Betrieben auch in die Friedenszeit zu übernehmen; sodann aber bieten die mit der Zusammenlegung meist untrennbar verbundenen Zwangssyndikate dem Staat ein bequemes Mittel zu steuerlichen Zwecken. Ein Monopol kostet dem Staat sehr viel Geld; einem Zwangssyndikat dagegen Preise vorzuschreiben, die eine hohe staatliche Abgabe einschliessen, hat fast die gleiche Wirkung wie ein Monopol ohne dessen Kosten.

Das durch die Betriebszusammenfassungen verfolgte Prinzip der Sparsamkeit hat die Regierung weiterhin mit einigen Massnahmen auf dem Gebiet des Aktienwesens zu verwirklichen gesucht. Durch Bundesratsverordnung vom Mai vorigen Jahres ist bestimmt, dass die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen (Industrieobligationen) und Vorzugsaktien mit nach oben fest begrenzter Dividende der staatlichen Genehmigung unterliegt, und durch eine weitere Verordnung vom November vorigen Jahres ist der Genehmigungszwang auf alle Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, soweit ein Betrag von 300 000 Mark überschritten wird, ausgedehnt worden. Die Grundsätze, nach denen die Genehmigung erfolgt, sind ausserordentlich streng; selbst Gratisaktien, die an sich den Kapitalmarkt nicht in Anspruch nehmen, sind nach der Ansicht der Regierung unzulässig. Zu wünschen ist da nur, dass die drakonischen Bestimmungen auch mit der nötigen Unparteilichkeit befolgt werden, zumal da das Verbot der Aktienemission für manche Betriebe, die sich noch im Kriege auf die Uebergangs- und Friedenszeit umstellen möchten, einen ausserordentlichen Hemmschuh bedeutet.

Alles drängte also auf äusserste Sparsamkeit mit menschlichen Kräften, finanziellen Kräften und Waren. Unter diesen Umständen nimmt es eigentlich Wunder, dass der Staat sich zur teilweisen Wiedereröffnung des amtlichen Börsenverkehrs entschlossen hat; jedenfalls wurde früher von ihm die Auffassung vertreten, dass ein reger Börsenverkehr eine Gefahr für die Kriegsanleihe insofern böte, als für sie bestimmte Mittel anderen Zwecken zuflössen. Rechtfertigen kann der Staat mithin die Neuregelung, wenn er sich nicht zu seinen früheren Anschauungen im Widerspruch setzen will, nur von dem Standpunkt aus, dass beim freien Verkehr manche Missstände, unter ihnen insbesondere der Kursschnitt, auftraten, die abgestellt werden mussten.

Als wir vor Jahresfrist unseren Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1916 abschlossen und den Wunsch aussprachen, das Jahr 1917 möge den Frieden bringen, setzten wir hinzu, dass dann zwei neue Probleme der gesetzgeberischen Lösung harrten: die Uebergangswirtschaft und die Deckung der Kriegskosten. Das Jahr 1917 hat den Frieden nicht gebracht; trotzdem sind die ersten Anfänge zur Lösung der beiden schweren Aufgaben gemacht worden. Um mit der behördlichen Organisation zu beginnen, so wurde durch eine Bundesratsverordnung vom November die Stellung des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft einer wesentlichen Aenderung unterworfen. Den Vorsitz im Beirat führt künftig nicht mehr der „Staatssekretär des Innern, in seiner Vertretung der Reichskommissar", sondern der „Reichskanzler oder ein von ihm bestellter Vertreter". Die Aenderung bezweckte, die Geschäftsführung des Reichskommissars tunlichst eng mit der Reichswirtschaft zu verbinden, und man kann nur sagen, dass dieser Absicht von Grund aus beigestimmt werden kann. Das Institut des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft mag gut gedacht sein, von wirklichem Leben beseelt ist es nur wenig. Hervorragende Männer aus Handel und Industrie wurden in den Beirat entsandt, die Sitzungen und Beratungen in grosser Zahl abgehalten haben; davon aber, dass positive Arbeit geleistet, wichtige Beschlüsse gefasst wurden, hat man selten etwas gehört. Man konnte auch wohl kaum etwas hören, denn überall musste das Uebergangswirtschaftsamt mit bestehenden Aemtern, denen es vielleicht besser von vornhoein angegliedert worden wäre, kollidieren. Sollte hierin jetzt durch die nahe Verbindung mit dem Reichswirtschaftsamt eine Aenderung eintreten, so wäre das, wie gesagt, durchaus zu begrüssen. Neben dieser formellen Verordnung hat jedoch das Jahr 1917 noch ein Gesetz materiellrechtlichen Inhalts über die Gestaltung der Dinge nach dem Kriege gebracht: das Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte. Ohne sich etwa mit jeder Einzelheit einverstanden zu erklären, muss man der Tendenz beipflichten. Die Tonnagefrage kann für Deutschland nach dem Kriege eine Lebensfrage werden. Als abgeschlossener Staat können wir auf die Dauer nicht leben, ebensowenig als reiner Agrarstaat. Mithin muss es unser vornehmstes Ziel sein, so schnell wie möglich wieder in den internationalen Güteraustausch einzutreten, was wiederum das Vorhandensein einer genügenden Tonnage zur unbedingten Voraussetzung hat. Schwieriger als alle diese Dinge ist aber die Lösung der finanziellen Probleme. An neuen Steuern haben wir im abgelaufenen Jahre die Verkehrssteuer, die Kohlensteuer und den Zuschlag zur Kriegssteuer erhalten. Die Verkehrssteuer soll gegenüber den bisherigen Stempelabgaben vom Personen- und Güterverkehr 315 Mill M., die Kohlensteuer 500 Mill. M. erbringen. Den 20 proz. Zuschlag zur Kriegssteuer hatte man auf etwa 400 Mill. M. geschätzt, da als Hauptertrag ungefähr 2 Milliarden Mark erwartet wurden; das wirkliche Ergebnis dürfte jedoch mit Rücksicht darauf, dass sich nach den Erklärungen des Reichsschatzsekretärs der Kriegssteuerbetrag einschliesslich des Zuschlags auf etwa 5 Milliarden Mark belaufen dürfte, erheblich besser sein und etwa 830 Mill. M. betragen. Die Bedeutung dieser Beträge für unsere Volkswirtschaft wird klar, wenn man die Steigerung der Reichsschuld zum Vergleiche heranzieht. Ende Dezember 1916 betrug die fundierte Reichskriegsschuld 47,2 Milliarden Mark, heute beträgt sie 72,7 Milliarden Mark, sie ist mithin um 25,5 Milliarden Mark gestiegen, was einen Mehraufwand an Zinsen von über 1,27 Mill. M. jährlich erfordert. Für den Zinsendienst der neuen Schulden ist also durch neue Steuern gesorgt, wobei allerdings zu bedenken ist, dass die Steuer vom Personenverkehr voraussichtlich erst vom Frühjahr 1918 an, jedenfalls erst nach Abschaffung der jetzigen Abschreckungszuschläge zum Schnellzugsverkehr, erhoben werden wird. Ferner ist zu bedenken, dass der 20 proz. Zuschlag keine dauernde, sondern nur eine einmalige Einnahme darstellt, wenn auch letzterem wieder entgegensteht, dass künftig beim Fortfall der Kriegssteuern bestimmte Einnahmequellen des Staates, die, wie z. B. Zölle, während des Krieges versiegten, von neuem zu laufen beginnen werden.

Was das neue Jahr der Regierung und den Parlamenten an gesetzgeberischen Aufgaben bringen wird, lässt sich heute noch nicht sagen. Jedenfalls wird es gerade auf wirtschaftlichem Gebiete eine Menge Arbeit geben, denn die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Russland haben von neuem gezeigt, wie eng verbunden die „grosse" Politik mit dem Wirtschaftsleben und der Wirtschaftspolitik ist. Sodann werden weitere Steuern zur Deckung des Zinsenerfordernisses kommender Anleihen zu suchen sein, wenn man nicht dazu übergehen will, die Geldbedürfnisse des Staats statt durch Anleihen durch Steuern zu decken. Sollte aber ein allgemeiner Frieden kommen und die wirtschaftliche Demobilisierung notwendig werden, so entsteht eine Fülle schwierigster Fragen. Vielleicht sind die Schwierigkeiten hier sogar grösser als bei der wirtschaftlichen Mobilisierung; damals musste manches bisher Bewährte im Interesse der Allgemeinheit fallen, und manche tüchtige Kraft musste, der Not der Zeit gehorchend, brachgelegt werden. Das war auch umsoeher zu verantworten, als es sich nur um einen vorübergehenden Zustand — der allerdings jetzt schon länger, als je erwartet, dauert — handelte. Bei der wirtschaftlichen Demobilisierung sind jedoch solche Momente nicht stichhaltig. Hier muss, und zwar unter Ausnutzung der Kraft jedes einzelnen, für die Dauer gearbeitet werden. Jeder Fehler wird sich bitter rächen, jeder Missgriff ernstestе Folgen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach sich ziehen. Indes darf man guten Mutes sein: ein Volk, das sich trotz mancher Irrwege als ein Organisator erwiesen hat, dem in dieser Beziehung die Anerkennung selbst von seinen Feinden nicht versagt wird, wird auch neueren grösseren Aufgaben gewachsen sein.

*) Vgl. die Abendausgabe vom 31. Dezember v. J.

+ Italiens fünfte Kriegsanleihe

soll nach einer Meldung aus Rom demnächst zur Zeichnung aufgelegt werden. Sie besteht, wie die beiden vorangegangenen italienischen inneren Kriegsanleihen, in einer konsolidierten 5proz. Staatsanleihe, die in der Zeit vom 15. Januar bis 3. Februar zum Preise von 86½ pCt. gezeichnet werden kann. Für Zeichnungen aus nicht europäischen Ländern läuft die Zeichnungsfrist erst am 15. April ab. Hervorzuheben ist, dass die italienische Regierung auch bei dieser Kriegsanleihe ihren Zeichnern durch Herabsetzung des Zeichnungspreises Konzessionen machen muss. Während die dritte vom Januar 1916 noch zu 97,50 pCt. ausgegeben wurde, stellte sich der Emissionskurs der vierten Anleihe nur noch auf 90 pCt., und er ermässigt sich jetzt bei der fünften auf 86½ pCt. Schon dieser Umstand deutet darauf hin, dass sich die Finanzlage Italiens immer mehr verschlechtert hat. Grosse Erfolge hatte keine der italienischen Kriegsanleihen aufzuweisen. Die erste, eine vorbereitende Rüstungsanleihe vom Januar 1915, ergab bei einem Zinsfuss von 4½ pCt. und einem Ausgabepreis von 97 pCt. 1 Milliarde Lire, die zweite vom Juli 1915 bei gleichem Zinsfuss, aber niedrigerem Ausgabekurs, nämlich 93 bzw. 95 pCt. 1140 Mill. Lire, die dritte vom Januar 1916 2471 Mill. Lire und die vierte vom Februar 1917 3610 Mill. Lire. Das Ergebnis der vierten Kriegsanleihe setzte sich aus 2499 Mill. Lire in bar und 1120 Mill. Lire in Wertpapieren zusammen. An neuem Gelde erbrachte sie wohl kaum mehr als 1 Milliarde Lire. Die vier ersten italienischen Kriegsanleihen dürften insgesamt nur ungefähr 5,5 Milliarden Lire geliefert haben. Nur ein kleiner Teil der italienischen Kriegskosten konnte auf dem Wege der Begebung langfristiger Anleihen gedeckt werden; betrugen doch die Ausgaben schon Ende Oktober 1917 mindestens 28 Milliarden Lire. Es ist zur Genüge bekannt, dass Italien genötigt war, wiederholt Finanzhilfe in den Vereinigten Staaten und in England nachzusuchen. Im Oktober vorigen Jahres stellten sich die in England und Amerika entnommenen Beträge zusammen auf etwa 7100 Mill. Lire, von denen 5774 Mill. Lire auf England und 1320 Millionen Lire auf Amerika entfielen. Auch daran sei kurz erinnert, dass neben der auswärtigen Kreditgewährung die Inanspruchnahme der Notenbanken ein wichtiges Mittel zur Bestreitung der Kriegsausgaben war. Die Notenbanken mussten der Regierung sehr bedeutende Beträge vorschiessen und ihren Notenumlauf im Zusammenhang damit ununterbrochen steigern. Augenblicklich dürfte sich in Italien der Banknotenumlauf auf mindestens 7,5 Milliarden Lire belaufen, während er Ende Juli 1914 erst 2,2 Milliarden Lire betragen hatte. Für den Staatsschatz allein sind mehr als 4 Milliarden Lire an Noten ausgegeben worden. Angesichts der krisenhaften Zustände, in denen sich die italienischen Finanzen schon seit langer Zeit, besonders auch nach den grossen Waffenerfolgen der Verbündeten gegenüber Italien Ende vorigen Jahres befinden, wird die italienische Regierung kaum berechtigt sein, ihre Erwartungen hinsichtlich des Erfolges der neuen Kriegsanleihe sehr hoch zu spannen.

Die Commerz- und Discontobank, die bisher die neue Fusionsaera im Bankwesen nicht mitgemacht hatte, soll sich jetzt auch mit Expansionsplänen tragen. Wenn eine Meldung des „Leipz. Tagebl." zutrifft, so schweben zwischen den Verwaltungen des Chemnitzer Bankvereins und der Commerz- und Discontо Bank in Hamburg und Berlin Verhandlungen wegen Fusion oder Eingehung einer Interessengemeinschaft zwischen beiden Instituten. Die Commerz- und Discontobank ist bereits in Leipzig durch eine Filiale vertreten und unterhält auch in der Hauptstadt des Herzogtums Sachsen-Altenburg eine Zweigniederlassung. Der Chemnitzer Bankverein verfügt über ein Filialnetz in Sachsen und arbeitet zurzeit mit 15 Mill M. Aktienkapital. Er ist im Jahre 1916 zur letzten Friedensdividende von 6 pCt. zurückgekehrt, nachdem er für 1915 5 pCt. und für 1914 4 pCt. an seine Aktionäre ausgeschüttet hatte. Die Commerz- und Discontobank, deren Kapital sich auf 85 Mill. Mark beläuft, zahlte für 1916 ebenfalls 6 pCt. Dividende, für 1915 und 1914 je 4½ pCt. und in den vorangegangenen fünf Jahren je 6 Prozent.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges. erzielte im Dezember 1917 im Pferde- und Automobilbetrieb Bruttoeinnahmen von 40 649 M. (1916: 371 316). Im Jahre 1917 stellen sich demnach die Gesamteinnahmen auf 2 779 862 M. (1916: 4 747 978). — Die Omnibuseinnahmen werden, wie die Verwaltung mitteilt, wegen des stark eingeschränkten Betriebes bis auf weiteres nicht mehr veröffentlicht, da diese bei den erheblichen Mehrausgaben ohnehin keinen richtigen Massstab für die Geschäftslage der Gesellschaft abgeben.

Fonds-Telegramme.

Kopenhagen, 31. Dezember. Sichtwechsel auf Hamburg 64 (K. v. 29.: 64), auf Amsterdam 139,50 (139), auf London 15,40 (15,32), auf Paris 57,50 (57,50).

Stockholm, 31. Dezember. Sichtwechsel auf Berlin 69 (K. v. 29.: 69), auf Amsterdam 130 (130), auf schweizerische Plätze 69 (69), auf London 14,35 (14,50), auf Paris 52,75 (52,75).

* An der Börse

eröffnete der Verkehr am ersten Tage des neuen Jahres in fester Haltung. Die Spekulation sieht der bevorstehenden Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk mit Zuversicht, aber naturgemäss doch abwartend entgegen, so dass das Geschäft sich im allgemeinen in ruhigen Bahnen bewegte. Von „variablen Papieren" waren Schiffahrtsaktien durchweg gebessert, am stärksten die Aktien des Norddeutschen Lloyd, aber auch die der Paketfahrt-Ges. und der Hansa-Dampfschiffahrtsges. konnten anziehen. Am Markte der Montanwerte war der Verkehr besonders still, die Kurse waren meist behauptet, bevorzugt waren einzelne oberschlesische Werte, wie die Aktien der Hohenlohe-Werke, der Kattowitzer Bergbauges. und der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsges. Von westlichen Werten waren besonders die Aktien des Bochumer Vereins und der Mannesmann-Röhrenwerke gebessert. Dagegen gaben die der Rombacher Hüttenwerke nach. Rüstungswerte neigten eher zur Schwäche, so die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabriken, der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der Gebr. Böhler-Ges. Für die Aktien der Daimler-Ges., der Köln-Rottweiler Pulverfabriken und der Ilmach Kupferwerke wurden variable Kurse heute überhaupt nicht festgestellt. Die Aktien der Orenstein & Koppel-Ges. büssten ihre anfängliche Erhöhung später wieder ein. Von Elektropapieren konnten die Werte der Bergmann-Ges. sich befestigen, die der Felten & Guilleaume-Ges. gaben leicht nach. Von den von Wien abhängigen Papieren waren die Aktien der Orientbahnen und der Türkischen Tabakregie kräftig gebessert. Die Aktien der Schantungbahn konnten anziehen.

Im freien Verkehr waren Petroleumwerte nach fester Eröffnung abgeschwächt. Kalipapiere meist höher, so die Aktien der Ronneberg und Heldburg-Ges. Benz-Aktien gaben bei geringen Geschäften etwas nach. Die Aktien russischer Banken, besonders die der Petersburger Internationalen Handelsbank, waren ziemlich stark angeboten, späterhin aber etwas erholt.

Am Markte der Papiere mit Einheitskursen war die Tendenz überwiegend fest. Als höher sind u. a. zu nennen die Aktien des Magdeburger Bergwerks, der Rheinisch-Nassauischen Gesellschaft, der Stadtberger Hütte, des Georg-Marien-Bergwerks, der Harkortschen Bergwerke, der Görlitzer Maschinenfabrik, der Eggestorf-Maschinenfabrik, der Eckart-Maschinenfabrik, der Union Fabrik chemischer Produkte, der Bremer Linoleumwerke, der Hugo Schneider-Akt.-Ges., des Eisenhüttenwerkes Thale, der Deutschen Gusstahlgesfabrik, der Norddeutschen Wollwarenfabrik. Niedriger waren u. a. die Aktien der Gesellschaft für Anilinfabrikation, der Schwartzkopff-Maschinenfabrik, der Haller Metallwarenfabriken, der Vereinigten Nickelwerke, der Wittener Gusstahlwerke und der Varziner Papierfabrik.

Telegraphische Auszahlungen	2. 1. Geld	2. 1. Brief	31. 12. Geld	31. 12. Brief	Telegraphische Auszahlungen	2. 1. Geld	2. 1. Brief	31. 12. Geld	31. 12. Brief
Amsterdam . . Fl.	219¾	220¼	220¾	221¼	Wien . . . . Kr.	64,26	64,38	64,39	64,50
Rotterdam . . Fl.					Budapest . . .				
Kopenhag. Kr.	152¾	153	151¾	152	Sofia . . . . . L.	80	80¼	80	80¼
Stockholm Kr.	109¾	110¼	111¼	112¼	Konstant. T.P.	19,35	19,65	20,05	20,15
Christiania Kr.	109¾	109¾	110¾	110¾	Madrid . . . Pes.	128¾	129¼	134¼	135¼
Schweiz . . . Fr.	116¼	116¾	117¼	117¾	Barcelon. . .				

Der Satz für tägliches Geld stellte sich auf 4¾ pCt. und darunter.

*** Mitteilungen der Zulassungsstelle.** Zum Börsenhandel zugelassen sind 1 Mill. M. neue, voll dividendenberechtigte Aktien und 1,5 Mill. M. neue für das Geschäftsjahr 1917 zur Hälfte dividendenberechtigte Aktien der C. D. Magirus Akt.-Ges. in Ulm. — Die Zulassung ist beantragt für 4 Mill. M. neue Aktien der Eintracht Braunkohlenwerke und Brikettfabriken in Neu-Welzow.

*** Neue Kursmakler.** Zu Kursmaklern neu ernannt sind die Herren R. Piwowar, Merz, Arthur Bohne und B. Samuel.

Amerikanische Kabel-Telegramme.

*** New-York,** 31. Dezember. (Spezial-Kabeltelegramm.) Nachdem in den letzten Tagen an der Börse eine teilweise stürmische Aufwärtsbewegung zu verzeichnen war, begann der heutige Verkehr in etwas matterer Haltung, da die Spekulation dazu schritt, ihre Gewinne sicherzustellen. Bald aber regte sich von neuem die Kauflust auf fast allen Marktgebieten. Namentlich am Industrieaktienmarkt waren die leitenden Werte wiederum stark gesucht und hatten infolgedessen neue Kurssteigerungen aufzuweisen. Genannt seien in erster Linie Kupferaktien, Bethlehem Steel Shares, Stahltrustwerte, General Electric Shares sowie einige andere Spezialwerte. Am Eisenbahnmarkte war das Geschäft ruhiger. Kanada, Missouri Pacific, Atchison Shares standen hier im Mittelpunkte des Interesses. Auch am Nachmittage war das Geschäft rege und die Börse schloss in fester Haltung. Der Umsatz bezifferte sich auf 220 000 Aktien. — Am Bondsmarkt gestaltete sich der Verkehr recht lebhaft. Besonders in Nachfrage standen ausländische Obligationen, die um 1 bis 2 Doll. anziehen konnten.

	31. 12.	29. 12.		31. 12.	29. 12.
Tendenz t. Geld . .	behpt.	nom.	N.-Y. Ontario West. .	21½	23
Geld a. 24 Stunden .	5½	nom.	Norfolk u. Western .	101	101½
Geld a. 24 Stund. i. D.	6	nom.	Northern Pacific . . .	86	86
do. Paris (Sicht)	5,7350	5,7350	Pennsylvania	47	46⅞
do. Lond. (60 Tg.)	4,7125	4,7125	Reading	72¼	72⅝
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	22¾	24
Silber Bullon	86⅞	86⅞	Southern Pacific . . .	83¼	84¼
North. Pacific 3% Bds.	—	—	do. Railway . .	24	25⅞
San Franc. 4% Prior			do. pref.	58	59
Lien Bds. Ser. A. .	—	—	Union Pacific	114¾	114
San Franc. 6% Income Bds. Ser. A.	—	—	do. pref. . . .	69	69¼
San Franc. 6% Adjust.			Wabash pref. . . .	44	43¾
Bonds	—	—	Western Maryland .	—	—
South Pacific 4% Bds.	—	—	American Can . . .	—	—
Atchison Top. u. St. Fé	85½	84¾	Amer. Car u. Foundry	69½	69
Baltimore u. Ohio . .	52¾	52¾	American Locomotive	—	—
Canadian Pacific . .	153⅝	157½	Americ. Smelting Ref.	76¾	75¼
Chesapeake u. Ohio .	51¼	51½	American Sugar Ref.	—	—
Chicago, Milwaukee	46	46½	National Lead . . .	74	73½
Denver u. Rio Grande	5½	5¼	Central Leather . .	—	—
Erie	17	17⅛	Consolidated Gas . .	85	82
Erie ist pref.	27½	28¼	General Electric . .	132⅞	127¼
Great Northern pref.	89¾	89¾	Internat. Harvester .	—	—
do. Ore Certif. . .	27⅛	25¾	Intern. Mercant. com.	—	26⅞
Illinois Central . . .	92	92	Intern. Mercant. pref.	—	80
Interborough Consol.	8	7⅞	National Lead . . .	44	42½
Lehigh Valley . . .	56⅞	57¾	Republ. Iron u. Steel	—	—
Louisville u. Nashv.	111	111	Unit. Stat. Steel Corp.	90⅞	88
Missouri, Kans. u. Tex.	6	6⅛	do. do. pref.	107¾	104⅞
Nat. Railw. Mex. Kopr.	4½	5	Utah Copper	81¼	78
Missouri Pacific u. A.	24¾	24¾	Virg. Carolina Chem.	—	—
N.-Y. Central . . .	71	71			

New-York, 29. Dezember. Wochenausweis der New-Yorker Clearinghouse-Banken (in Tausenden): Vorschüsse 4 128 730 (vor. Woche: 4 173 350), Barvorrat, eigener 109 230 (103 570), der Bundesreservebank 524 310 (522 860), bei den anderen Banken 8460 (8700), Barvorrat, zusammen 641 940 (640 130), kurzfristige Depositen 3 512 336 (3 512 290), langfristige Depositen 192 740 (187 290), Depositen zusammen 3 705 060 (3 700 280), Notenumlauf 34 080 (34 610), Surplusreserve 84 230 (82 980).

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. A. A. Wolpers & Co. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein August Wolpers. — Näbe & Hanke. Bernhard Hanke ist ausgeschieden. Curt Hanke ist eingetreten. — Gottlieb Obst. Inh. ist jetzt Otto Megenbart. — Hermann H. Lewin. Inh. ist jetzt Barbara Lewin geb. Wildbihler. — Richter & Glück. Die Einlage des Kommanditisten ist herabgesetzt. — Gelöscht ist die Firma: P. v. Richter.

Abt. B. Otto Rummel G. m. b. H., Charlottenburg. Stammk. 50 000 M. Geschäftsf. Otto Rummel. — Dr. Mann & Co. G. m. b. H., Zehlendorf. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Wilhelm Mann. — Grundstücksverwertungsgesellschaft Transvaalstrasse 21 m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Werner Otto. — Deutsche Waggon-Leihanstalt Akt.-Ges. Die Firma lautet jetzt: Eisenbahn-Verkehrsmittel-Aktiengesellschaft. Das Grundkapital soll um 750 000 M. erhöht werden. — Deutsche Wasserwerke Act.-Ges. Carl Walter ist nicht mehr Vorstandsmitglied, solches ist jetzt Karl Harder. — Press- und Hammerwerk Adolph Reiser Akt.-Ges. Sitz ist Detmold, die hiesige Niederlassung ist Zweigniederl. — Gräflich Henckel von Donnersmarck'sche Zellulosefabrik Krappitz Akt.-Ges. Die Firma lautet jetzt: Oberschlesische Zellstoffwerke Aktiengesellschaft.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Südwestfalen; für Feuilleton, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Bünger-Friedenau; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate Paul Ordig-Südwestfalen.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.